



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

7/2019

Inhalt

Verfahren

| | |
|---|---|
| Wiedereinreise in die Palästinensergebiete | 2 |
| Ein Tag mit Befragungen im Widerrufs-/Rücknahmeverfahren | 3 |

Aktuelle Rechtsfragen

| | |
|------------------------|---|
| Aus der Rechtsprechung | 4 |
|------------------------|---|

Blick zum Nachbarn

| | |
|--|---|
| Ausgewählte EU-Partnerbehörde: Polen-UdSC | 5 |
|--|---|

Was sonst?/Literatur

| | |
|-------------------------------------|---|
| IZ Asyl und Migration weist hin auf | 6 |
|-------------------------------------|---|

Wiedereinreise in die Palästinensergebiete

Ob einem Palästinenser mit seinem Reisepass die Einreise in die Palästinensischen Autonomiegebiete möglich ist, hängt davon ab, ob der Reisepass für die israelischen Behörden Gültigkeit besitzt. Nur mit einem anerkannten Reisepass ist eine Einreise möglich. Insoweit ist zwischen zwei Arten von Reisepässen zu differenzieren, die sich äußerlich kaum unterscheiden, aber dennoch grundsätzlich verschieden sind.

Pass mit Identifikationsnummer

Das Personenregister der Palästinensischen Autonomiebehörde (Westbank und Gaza) wird durch die israelische Koordinierungsstelle COGAT¹ geführt, die dem israelischen Innenministerium untersteht und mit der palästinensischen Verwaltung zusammen arbeitet. Die palästinensische Bevölkerung tritt nicht in direkten Kontakt mit den israelischen

Stellen, sondern wendet sich an die für sie zuständigen Verbindungsbüros des palästinensischen Bürgerkomitees.²

Personen mit einem gemeldeten Aufenthalt in den Palästinensischen Autonomiegebieten müssen bei der Wiedereinreise ihren Personalausweis oder Reisepass vorzeigen, der die Identifikationsnummer enthält, mit der sie bei COGAT gemeldet sind. Eine Registrierung bei COGAT kann nicht aus dem Ausland erfolgen. Ferner muss der Personalausweis nach den Oslo-Verträgen von 1995 ausgestellt worden sein oder die betroffene Person muss die Palästinensischen Autonomiegebiete nachweislich erst nach 1995 verlassen haben.³

Auch bei bereits gemeldeten Personen ist anzunehmen, dass die israelischen Behörden das letzte Wort über die Einreise haben, vgl. dazu:

„In the Palestinian Territories, voluntary and involuntary returnees would have to be approved by Israel, as Israeli authorities control the exit and entry points and the Palestinian Population Registry.

Jordanian and Egyptian authorities would likely need to secure Israel's approval before allowing returns through their respective borders with the Palestinian Territories.“⁴

Pass ohne Identifikationsnummer

In einem zweiten Reisepass, der sich äußerlich kaum von ersterem unterscheidet, fehlt die von den israelischen Behörden ausgegebene Identifikationsnummer. Man erkennt ihn daran, dass das Feld für die Identifikationsnummer mit einer „fiktiven“ Nummer ausgefüllt worden ist, welche für gewöhnlich mit mehreren Nullen beginnt („00-xx...“).⁵ Dieser Pass wird

¹ Coordinator of Government Activities in the Territories.

² Palestinian Authority Civil Affairs Committee (CAC); vgl. Norwegian Refugee Council (2012): Undocumented and stateless. The Palestinian population registry and access to residency and identity documents in the Gaza Strip, January 2012, S. 65f., <<https://www.nrc.no/globalassets/pdf/reports/undocumented-and-stateless.pdf>> [zuletzt abgerufen am 03.06.19].

³ Immigration and Refugee Board of Canada (2006): Israel and Palestine. Whether a Palestinian who has lived outside of the Occupied Palestinian Territory (OPT) for a number of years can return to reside in the OPT; whether the returnee requires an Israeli-issued identity card and whether it is possible to obtain the card from abroad; whether someone born in Gaza faces particular challenges returning to the OPT, ZZZ105520.E (26.04.16), verfügbar über ecoi.net, <<https://www.ecoi.net/de/dokument/1163933.html>> [zuletzt abgerufen am 03.06.19].

⁴ Department of Foreign Affairs and Trade, Australia (2017): DFAT Thematic Report Palestinian Territories (veröffentlicht am 15.03.17), S. 31, verfügbar über ecoi.net, <<https://www.ecoi.net/en/document/1419309.html>> [zuletzt abgerufen am 03.06.19].

⁵ Landinfo (2016) [Norwegisches Zentrum für Herkunftsländerinformationen]: Temanotat „Palestinske flyktninger i Syria: Identitetsdokumenter“ [Themenbericht „Palästinensische Flüchtlinge in Syrien. Identitätsdokumente“], 23.11.16, S. 11, <https://landinfo.no/asset/3470/1/3470_1.pdf> [zuletzt abgerufen am 03.06.19].

auch als „external use only“ oder „zero number“-Reisepass bezeichnet. Er dient als Nachweis der palästinensischen (Volks-)Identität und als Reisedokument für staatenlose Palästinenser. Er kann im Ausland von jedem Konsulat oder jeder Botschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde ausgehändigt werden. In den Autonomiegebieten selbst wird er in der Regel nicht ausgegeben, da der Pass ohne gültige Identifikationsnummer keinerlei Gültigkeit für die israelischen Grenzbehörden besitzt.⁶

Jonas Hensler, 62F

6 Landinfo (2016) [Norwegisches Zentrum für Herkunftsländereinformationen]: Temanotat „Palestinske flyktninger i Syria: Identitetsdokumenter“ [Themenbericht „Palästinensische Flüchtlinge in Syrien. Identitätsdokumente“], 23.11.16, S. 11, <https://landinfo.no/asset/3470/1/3470_1.pdf> [zuletzt abgerufen am 03.06.19].

Ein Tag mit Befragungen im Widerrufs-/Rücknahmeverfahren

Die Voraussetzungen für Widerruf und Rücknahme der Schutzzuerkennung sind in § 73 sowie §§ 73a bis 73c AsylG geregelt. Ein Widerrufs- oder Rücknahmeverfahren kann aus verschiedenen Gründen eingeleitet werden. Zum Beispiel regelt § 73 IIa AsylG, dass spätestens drei Jahre nach Unanfechtbarkeit der Entscheidung des Bundesamts geprüft wird, ob die Voraussetzungen für die Schutzzuerkennung weiterhin vorliegen. Zu diesem Zweck kann der Schutzberechtigte unter anderem zu einer mündlichen Befragung geladen werden.

Befragungen werden allerdings nur durchgeführt, wenn im Erstverfahren keine Anhörung stattgefunden hat oder aufgrund neuer Erkenntnisse Zweifel an der Herkunft des Ausländers bestehen.¹ Das Erscheinen zum Befragungstermin ist Teil der Mitwirkungspflichten gem. § 15 AsylG.

Ein typischer Tag mit Befragungen im Widerrufs- und Rücknahmeverfahren beginnt mit einem vollen Warteraum im Ankunftszentrum. Schon die Begrüßung der zu Befragenden gestaltet sich relativ unterschiedlich. Einige Ausländer sprechen fließend Deutsch und machen den Einsatz des Dolmetschers fast überflüssig, andere sind nach wie vor auf einen hilfreichen Sprachmittler angewiesen. In jedem Fall ist aber bei der Befragung ein Dolmetscher anwesend. Zusätzlich zu einer guten Vorbereitung der eigenen Widerrufsakte ist es für den Entscheidenden wichtig, die referenzierten Akten (aus den Erst- und Folgeverfahren) genau zu studieren. Welche entscheidungserheblichen Punkte wurden aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 nicht (ausreichend) gewürdigt? Dies gilt es im Vorfeld zu klären. Trotz der ausführlichen schriftlichen Belehrung haben die Schutzberechtigten mitunter schon vor der eigentlichen Befragung viele Fragen. Neben ausländerrechtlichen Aspekten gilt es aber auch, die emotionale Situation der Schutzberechtigten zu berücksichtigen. Manche von ihnen haben große Angst vor dem Termin. Vor einigen Tagen berichtete mir eine Frau, dass sie in den letzten zwei Wochen kaum geschlafen habe. Sie sagte, dass sie große Angst hätte in ihr Herkunftsland zurück zu müssen. Zusätzlich befürchte sie, dass ihr die Ladung zur Befragung signalisieren solle, dass ihr Leben in Deutschland nun beendet sei. In diesen Situationen ist es wichtig, beruhigend auf die zu Befragenden einzuwirken, denn objektiv betrachtet sind diese Sorgen bei der großen Mehrheit der ehemaligen Antragsteller unbegründet. Viele Teilnehmer sind gut vorbereitet und bringen Dokumente, die sie im Erstverfahren vorgelegt haben, auch zum Befragungstermin mit. Dies stellt den Idealzustand dar, weil es dadurch möglich ist, eine zeitnahe Überprüfung und Erfassung von Dokumenten sicherzustellen. Am Ende der Befragungen sind viele Teilnehmer erleichtert. Ich freue mich, wenn die Schutzberechtigten den Termin mit einem Lächeln verlassen. So endet ein Tag mit Befragungen im Widerrufs- und Rücknahmeverfahren.

1 In Ausnahmefällen können Befragungen trotz erfolgter Anhörung im Erstverfahren durchgeführt werden. Dies kann bei Entscheidungen im Sinne von § 60 V und VII AufenthG (Abschiebungsverbote) der Fall sein.

Aus der Rechtsprechung

BVerwG: Vorrangige Prüfung von asylrechtlichen Unzulässigkeitsgründen auch bei „Aufstockerklagen“

Leitsätze:

1. Bestehen Anhaltspunkte für die Annahme, dass ein Asylantrag nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 bis 5 AsylG unzulässig ist, darf das Verwaltungsgericht einer Klage auf Zuerkennung internationalen Schutzes nur stattgeben, wenn die Voraussetzungen des in Betracht kommenden Unzulässigkeitsgrundes nicht vorliegen. Dies gilt auch dann, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Antrag in der Sache beschieden hat.

2. Der in § 29 Abs. 1 Nr. 4, § 27 AsylG geregelte Unzulässigkeitsgrund (anderweitige Sicherheit in einem sonstigen Drittstaat) setzt das unionsrechtliche Konzept des „ersten Asylstaats“ im Sinne der Richtlinie 2013/32/EU um. Danach ist ein Asylantrag unzulässig, wenn der in Betracht kommende Staat kein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist und sich vom Herkunftsland des Betroffenen (bei Staatenlosen: dem Land des gewöhnlichen Aufenthalts) unterscheidet, wenn er bereit ist, den Ausländer wieder aufzunehmen, und wenn er diesem eine den Anforderungen des § 27 AsylG i.V.m. Art. 35 Richtlinie 2013/32/EU entsprechende Sicherheit gewährleistet.

(BVerwG, U. v. 25.04.19 – 1 C 28.18, <6707783> MILO)

BVerwG: Widersprüchliche Tatsachenfeststellungen im Urteil

Amtlicher Leitsatz: Bleibt aufgrund widersprüchlicher tatsächlicher Feststellungen des Tatsachengerichts offen, von welchem Sachverhalt das Gericht im Rahmen seiner Sachverhalts- und Beweiswürdigung überzeugt ist, fehlt es an einer dem § 108 Abs. 1 VwGO genügenden richterlichen Überzeugungsbildung.

(BVerwG, U. v. 22.05.19 – 1 C 10.18 <6803875>, MILO)

Auf die Sprungrevision des Bundesamts hat das Bundesverwaltungsgericht das Urteil des VG Stuttgart¹ aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. Das angefochtene Urteil ist wegen Verstoßes gegen den Überzeugungsgrundsatz (§ 108 I VwGO) rechtsfehlerhaft, weil es auf widersprüchliche tatsächliche Feststellungen gestützt ist.

Das VG hat sich einerseits die Feststellungen des VGH Mannheim zu eigen gemacht, nach denen Männern im

wehrdienstfähigen Alter bei ihrer Rückkehr nach Syrien mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Folter droht und diese an eine vermutete regimefeindliche Gesinnung anknüpft. Andererseits konnte das VG den Erkenntnisquellen jedoch keinerlei Anhaltspunkte für die vom VGH getroffenen Feststellungen entnehmen, weshalb die Ausführungen des VGH nicht überzeugen würden. Dennoch hat sich das VG aus Gründen der „Einheit der Rechtsordnung“ im Ergebnis dem VGH angeschlossen, dabei aber seine eigenen Tatsachenfeststellungen und abweichenden Bewertungen in der Sache nicht aufgegeben.

Der Grundsatz der „Einheit der Rechtsordnung“ lässt es jedoch nicht zu, dass sich ein Gericht im Ergebnis einer Rechtsprechung beugt, der weiterhin tatsächliche Feststellungen und Bedenken entgegenstehen, diese Bedenken also lediglich vom Gericht zurückgestellt und nicht überwunden werden. In dem angefochtenen Urteil stehen die widerstreitenden Feststellungen und Bewertungen beziehungslos nebeneinander, ohne dass das VG klarstellt, welchen Sachverhalt es kraft eigener Überzeugungsbildung als zutreffend ansieht. Es fehlt daher an einer hinreichend klaren richterlichen Überzeugungsbildung, die das Gesamtergebnis des Verfahrens tragen könnte.

Lage der Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation

Leitsätze:

1. Zeugen Jehovas unterliegen in der Russischen Föderation der Verfolgung, wenn sie eine herausgehobene Stellung innerhalb der Gemeinschaft einnehmen. Gleiches gilt, wenn sie ihren Glauben öffentlich oder in Gemeinschaft mit anderen ausüben.

2. Eine inländische Fluchtalternative nach § 3e AsylG besteht für diesen Personenkreis nicht.

3. Eine Anerkennung als Flüchtling setzt insoweit voraus, dass die individuelle religiöse Prägung der betroffenen Person erwarten lässt, dass sie nach einer unterstellten Rückkehr ihren Glauben in verfolgungsträchtiger Weise ausüben oder nur aufgrund von Furcht vor Verfolgung darauf verzichten wird.

4. Es ist derzeit nicht erkennbar, dass Kindern von Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine eigene Verfolgung in Form der erzwungenen Trennung von ihren Eltern oder Elternteilen drohen würde.

(VG Augsburg, U. v. 10.05.19 – Au 2 K 19.30587 <57062382>, MILO)

¹ U.v. 08.01.29 – A 11 K 10345/17.

Ausgewählte EU-Partnerbehörden: Polen - UdSC

In Polen ist das Amt für Ausländer (Urząd do Spraw Cudzoziemców; UdSC) die Behörde, welche über Asylanträge bzw. Anträge auf internationalen Schutz entscheidet. Die Antragstellung erfolgt aber beim Grenzschutz.¹ Sowohl das Amt für Ausländer als auch der Grenzschutz unterliegen dem polnischen Innenministerium.²

Der Grenzschutz legt eine Akte³ mit den persönlichen Daten des Antragstellers an und führt die erkennungsdienstliche Behandlung sowie die Erstbefragung durch. Außerdem ist der Grenzschutz für die Ausstellung der Aufenthaltsgestattung, die Klärung der Identität des Antragstellers sowie die Sicherstellung und ggf. Überprüfung der Personaldokumente zuständig. Im Anschluss an die Registrierung wird die Akte an das Amt für Ausländer weitergeleitet.

Die Abteilung Flüchtlingsverfahren des UdSC mit derzeit ca. 80 Mitarbeitern (davon ca. 35 Entscheider) ist für die Durchführung des Asylverfahrens in erster Instanz zuständig. Alle Entscheider⁴ müssen über einen Hochschulabschluss verfügen. Die Einarbeitung in die Tätigkeit erfolgt im Haus durch entsprechende Schulungen. Die meisten Mitarbeiter der Abteilung sprechen Russisch und führen die Anhörungen selbst auf Russisch durch.⁵ Daher muss im Rahmen des Interviews⁶ kein Sprachmittler anwesend sein. Das persönliche Gespräch findet in den Räumlichkeiten der Behörde statt.

Auf der Grundlage der EU-Gesetzgebung, der nationalen Asylgesetzgebung, der Richtlinien des Amtes für Ausländer sowie der vorliegenden COI-Informationen fasst der Entscheider im Anschluss an das persönliche Gespräch einen Bescheid, der dann vom Referatsleiter geprüft wird. Anschließend wird der Bescheid an den Leiter der Abteilung Flüchtlingsverfahren weitergeleitet und abschließend unterzeichnet.

Gegen die Entscheidung des UdSC kann der Antragsteller Widerspruch beim Rat für Flüchtlingsangelegenheiten⁷ erheben. Der Rat für Flüchtlingsangelegenheiten ist ein administratives Organ, das unabhängig ist und keinem Minis-

terium untersteht. Der Widerspruch hemmt den Vollzug der Entscheidung für die Dauer des Verfahrens vor dem Flüchtlingsausschuss.

Die Prüfung der nationalen Abschiebeverbote sowie der Verpflichtung zur Ausreise erfolgt durch den Grenzschutz. Die Rückführungen, Abschiebungen und Überstellungen im Rahmen des Dublin-Verfahrens werden durch den Grenzschutz koordiniert und durchgeführt.

Polen verzeichnete im Jahr 2018 insgesamt 1.927 Anträge, die 4.134 Personen umfassten. Davon waren 61 % Erstanträge. Die Hauptherkunftsländer waren die Russische Föderation (2.721 Personen), die Ukraine (465 Personen), Tadschikistan (144 Personen), Armenien (71 Personen) und Irak (70 Personen). Demgegenüber hat Polen im Jahr 2018 über die Asylanträge von 4.445 Personen entschieden. Die Anerkennungsquote im Jahr 2018 betrug 15 %.

Im ersten Halbjahr 2019 sind beim Amt für Ausländer 917 Anträge (1.845 Personen) eingegangen. Davon waren 613 Erstanträge (1.186 Personen), 247 Folgeanträge (495 Personen) und 57 Wiedereröffnungsanträge (164 Personen). Die meisten Anträge stellten Staatsangehörige der Russischen Föderation (63 %), der Ukraine (12 %) und Tadschikistan (53 Personen, 3 %). Auf Platz vier und fünf folgten Afghanistan (44 Personen, 2 %) und die Türkei (41 Personen, 2 %). Im gleichen Zeitraum hat das Amt für Ausländer 2.027 Entscheidungen getroffen. Die Anerkennungsquote im ersten Halbjahr 2019 betrug 12 %.

Neben der Durchführung des Asylverfahrens ist das UdSC auch für die Unterbringung, die medizinische Versorgung und die Auszahlung der Leistungen (Abteilung Sozialhilfe) zuständig. Darüber hinaus prüft die Abteilung Aufenthaltslegalisierung Widersprüche im Bereich Erteilung von Aufenthaltstiteln.⁸

Mehr über das Amt für Ausländer (UdSC) ist auf dessen Homepage – auch auf Englisch – nachzulesen: <https://udsc.gov.pl/en/>

Beitrag aus dem internationalen Bereich

1 Straż Graniczna.

2 Ministerstwo do Spraw Wewnętrznych i Administracji; MS-WiA.

3 Die Akte wird in Form einer Papiermappe angelegt.

4 Decydent, pracownik merytoryczny.

5 Hauptherkunftsland in Polen ist die Russische Föderation

6 Wywiad statusowy.

7 Rada do Spraw Uchodźców.

8 Die Prüfung der entsprechenden Anträge erfolgt bei den sog. Woiwodschaftsämtern. Es gibt 16 Woiwodschaften in Polen.

Veröffentlichungen anderer

Jannis Broscheit, Die Ableitung des Familienasyls nach § 26 III AsylG von erst nach der Ausreise geborenen stammberechtigten Minderjährigen, ZAR 5-6/2019, 174 ff.

Sabrina Müller: Datenschutz im Asylrecht – Grundlagen und Konflikte, ZAR 5-6/2019, 185 ff.

Demnächst lesen Sie:

- Sprungrevision zur Frage des Familienasyls
- Aus der Rechtsprechung
- EU-Partnerbehörde

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ISSN 1869-1803
Redaktion Entscheiderbrief
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
www.bamf.de
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 7/2019 - 30.07.2019

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
e-brief@bamf.bund.de
Download: www.bamf.bund.de > Infothek > Publikationen

Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats
(Änderung nach Bedarf)

Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.